



Presse- mitteilung

Pressesprecherin: Iris Bethge
Dienstgebäude: Alexanderplatz 6, 10178 Berlin

Telefon: 0 1888/555-1061, -1062
Telefax: 0 1888/555-1111

E-Mail: presse@bmfsfj.bund.de
Internet: www.bmfsfj.de

Nr. 45 Berlin, 11. Mai 2006

Große Zahl rassistischer Websites im Ausland geschlossen

jugendschutz.net setzt rechtsextremen Versuchen, Jugendliche zu ködern, effektive Maßnahmen entgegen

„Rechtsextreme nutzen verstärkt das Internet, um immer professioneller rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Propaganda zu verbreiten. Neonazistische Gruppen sprechen dabei ganz gezielt junge User an, um sie für die rechtsextreme Szene zu rekrutieren. Gerade der Versuch, Jugendliche in öffentlichen Internetforen und jugendkulturellen Szene-Angeboten für den Rechtsextremismus anzuwerben, ist besonders problematisch“, erklärte der **Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues**, auf einer Tagung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zum Thema „Jugendschutzgefährdende Medien im Rechtsextremismus“ in Magdeburg. „Dieser neuen Dimension rechtsextremer Propaganda müssen wir mit aller Kraft begegnen, zum Beispiel mit Projekten, wie jugendschutz.net.“

Der Länder übergreifenden Stelle jugendschutz.net ist es im vergangenen Jahr in mehr als 250 Fällen gelungen, rechtsextreme Propaganda-Plattformen im Internet zu schließen. Insbesondere ausländische Provider sind inzwischen immer öfter bereit, rassistische und menschenverachtende Angebote zu sperren. Hier gelingt es jugendschutz.net inzwischen in fast 90 Prozent der Fälle, Inhalte aus dem Netz entfernen zu lassen. „Die Internetseite jugendschutz.net setzt auf eine Doppelstrategie von gezielten Gegenmaßnahmen im In- und Ausland einerseits sowie der Förderung eines medienkompetenten Umgangs mit rassistischen Web-Inhalten andererseits“, so Kues weiter.

Um dem enormen Informationsbedarf zu diesem Thema gerecht zu werden, hat jugendschutz.net zudem Broschüren und CD-ROMs mit Vorschlägen erstellt, wie sich Eltern, Lehrer aber auch Jugendliche selbst kritisch mit rechtsextremen Inhalten auseinandersetzen können. Das Projekt „Rechtsextremismus im Internet“ wird vom **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** über das Programm „Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ gefördert. Der aktuelle Projektbericht steht unter www.jugendschutz.net zum Download zur Verfügung. Die Plattform jugendschutz.net wurde 1997 von den Landesjugendministern gegründet und ist an die Kommission für Jugendmedienschutz angebunden. Aufgabe ist es, jugendgefährdende Angebote im Internet überprüfen und auf deren Veränderung oder Schließung zu drängen. Ziel ist ein vergleichbarer Jugendschutz wie in den traditionellen Medien.

Kontakt für weitere Informationen:

jugendschutz.net – Jugendschutz in Telemedien
Wallstraße 11
55122 Mainz
06131-3285261, -22 (Fax)
sq@jugendschutz.net